

16. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion der CDU

Gesetz zur Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes (StrABG)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz zur Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes (StrABG)

vom ...

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Das Straßenausbaubeitragsgesetz (StrABG) vom 16. März 2006 (GVBl. S. 265), zuletzt geändert durch Art. I Erstes ÄndG vom 8. 7. 2010 (GVBl. S. 398), wird aufgehoben.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Begründung:

Das Straßenausbaubeitragsgesetz (StrABG) stellt den untauglichen Versuch dar, die Unterhaltung und Pflege der öffentlichen Infrastruktur zu weiten Teilen auf die Gruppe der Eigenheim- und Grundstücksbesitzer abzuwälzen. Die negativen Auswirkungen des Gesetzes zeigen sich in der Praxis. Eigentümer werden einseitig belastet. Investitionen werden durch anhängige Klagen nachhaltig behindert, wodurch insbesondere Arbeitsplätze in der mittelständischen Bauwirtschaft gefährdet werden.

Nach Angaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung stehen die Einnahmen durch das Straßenausbaubeitragsgesetz zudem in keinem Verhältnis zum Verwaltungsaufwand (Drs. 16/14036). Im Gegenteil, die öffentliche Verwaltung wurde mit zusätzlichem bürokratischen Aufwand belastet. Die neue Erkenntnis des Wirtschaftssenators, Herrn Wolf, der öffentlich den Sinn des Berliner Straßenausbaubeitragsgesetzes in Frage gestellt hat, zeigt, dass inzwischen auch in Teilen der Regierungskoalition die Erkenntnis gereift ist, dieses Gesetz endlich abschaffen zu wollen. Das Vertrösten auf die nächste Legislatur-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

periode ist den Anwohnern in den weit über 100 betroffenen Straßen, die gegenwärtig von Ausbaumaßnahmen betroffen sind, nicht zuzumuten.

Das Gesetz ist überflüssig und unsozial und muss daher schnellstmöglich aufgehoben werden.

Berlin, den 29. März 2011

Henkel, Czaja, Brauner, Dr. Heide

und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU